

Vorlage Stadtparlament

Datum 21. Mai 2019
Beschluss Nr. 3032
Aktenplan 152.15.12 Stadtparlament: Interpellationen

Interpellation Benedikt van Spyk: «Zeitgemäss Wohnen und Denkmalschutz: Ein Widerspruch?»; schriftlich

Benedikt van Spyk sowie 42 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 19. März 2019 die beiliegende Interpellation «Zeitgemäss Wohnen und Denkmalschutz: Ein Widerspruch?» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

Die Erhaltung des baukulturellen Erbes ist eine wichtige gesellschaftliche und kulturelle Aufgabe, welche der kulturellen Identität und dem geschichtlichen Bewusstsein dient. Diese Verantwortung ist eine öffentliche Aufgabe, die entsprechend in der nationalen, kantonalen und kommunalen Gesetzgebung verankert ist. Die Wahrung dieser öffentlichen Aufgabe obliegt der Denkmalpflege.

Die Grundlagen für das denkmalpflegerische Handeln sind einerseits durch die entsprechenden rechtlichen Vorgaben der eidgenössischen, kantonalen und städtischen Gesetzgebung, andererseits durch für die Denkmalpflege relevante Grundsatzpapiere gegeben. Insbesondere die von der Schweiz ratifizierte internationale Charta von Venedig der UNESCO (Charta zur Konservierung und Restaurierung von Denkmälern und Ensembles) sowie die Leitsätze zur Denkmalpflege in der Schweiz, herausgegeben von der Eidg. Kommission für Denkmalpflege, sind hierbei hervorzuheben. Beide Grundsatzpapiere definieren auch die Rahmenbedingungen für eine zeitgemässe Ertüchtigung der historischen Bausubstanz und stellen eine denkmalverträgliche Nutzung geschützter Bauten nicht in Frage. Ergänzend zu diesen Handlungsanweisungen führt das Bundesamt für Kultur in Zusammenarbeit mit verschiedenen Hochschulen und Universitäten regelmässig Weiterbildungen mit dem Ziel durch, die Richtlinien an aktuelle Fragestellungen anzupassen und eine für die Schweiz möglichst einheitliche Denkmalpflege-Haltung zu fördern. Die städtische Denkmalpflege nimmt regelmässig an diesen Veranstaltungen teil und stützt ihr Handeln auf die gewonnenen Erkenntnisse ab. Dabei sind keine Abweichungen zu den Handhabungen anderer Denkmalpflegeämter festzustellen.

In den letzten Jahren konnte die Denkmalpflege einige Umbau- und Umnutzungsprojekte im Bereich Wohnen begleiten und damit auch aufzeigen, dass ein zeitgemässes Wohnen durchaus mit den Zielen der Denkmalpflege vereinbar ist, ja sogar oft zu interessanten und unkonventionellen Lösungen führt. Ein Blick in die Innenhöfe der Altstadt zeigt beispielsweise, dass in den letzten Jahren einige Balkone und Dachaufbauten entstanden sind, die den Wohnwert heben, aber weder der historischen Substanz noch dem Altstadtbild abträglich sind. Selbstredend können Interessenkonflikte zwischen

denkmalpflegerischen Anliegen und Wünschen von Eigentümerinnen und Eigentümern entstehen. Diese sind aber zumeist auch auf ein Unverständnis gegenüber den Schutzanliegen bzw. auf mangelnde Kenntnisse der historisch und baukünstlerisch bedeutenden Bausubstanz zurückzuführen.

Die Denkmalpflege steht in ihrer Arbeit in einem engen Austausch mit anderen Fachstellen wie dem Amt für Baubewilligungen, dem Feuerschutz oder der Energiefachstelle. Auch hier müssen oft Kompromisse zwischen den verschiedenen relevanten Baunormen und Gesetzen gesucht und gefunden werden. Viele dieser rechtlichen und normativen Vorgaben sehen jedoch explizit Ausnahmeregelungen für die Denkmalpflege vor, um den Erhalt der im öffentlichen Interesse stehenden Baudenkmäler zu gewährleisten.

2 Beantwortung der Fragen

- 1. Nach welchem Verfahren werden heute denkmalpflegerische Massnahmen und Baubeiträge der Stadt bei Bauprojekten an inventarisierten Bauten beurteilt und ausgesprochen? Gestützt auf welche rechtlichen und fachlichen Grundlagen erfolgt die Beurteilung? Sind diese Beurteilungskriterien öffentlich zugänglich?*

Die städtische Denkmalpflege orientiert sich bei der Berechnung der Beiträge für Schutzobjekte von lokaler Bedeutung an der Praxis des Kantons St.Gallen. Sinn und Zweck der Beiträge ist die Erhaltung des baulichen und archäologischen kulturellen Erbes, dessen Pflege und Fortbestand unter Berücksichtigung einer angemessenen Nutzung sowie die Milderung erhöhter Belastungen, die Eigentümerinnen und Eigentümer von schützenswerten Kulturgütern auf Grund von Schutzmassnahmen und denkmalpflegerischen Auflagen zu tragen haben. Die Ausrichtung von Beiträgen richtet sich aus rechtlicher Sicht nach dem neuen kantonalen Planungs- und Baugesetz (sGS 731.1), nach der Verordnung über Kantonsbeiträge an Erhaltung und Pflege schützenswerter Kulturgüter (sGS 275.12), nach dem neuen Kulturerbegesetz (sGS 277.1) sowie nach dem städtischen Reglement über die Finanzierung der Altstadt-, Ortsbild- und Denkmalpflege (sRS 731.3).

- 2. Wie kann für die Eigentümerinnen und Eigentümer die Nachvollziehbarkeit der Entscheide der Denkmalpflege verbessert werden? In welchem Verfahren kann sich eine Grundeigentümerin oder ein Grundeigentümer gegen Auflagen oder eine Beitragsverfügung zur Wehr setzen?*

Die Denkmalpflege ist bestrebt, ihre Beurteilungen und Auflagen im Gespräch mit der Bauherrschaft zu kommunizieren. Die Stellungnahmen zuhanden der Baubewilligungskommission liegen schriftlich vor. Entstehen bei der Beurteilung eines Bauvorhabens grössere Abweichungen zum Baueingabeprojekt, so wird entweder das Gespräch mit der Bauherrschaft gesucht oder durch das Amt für Baubewilligungen die Vernehmlassung der Denkmalpflege der Bauherrschaft zur Stellungnahme zugestellt. Im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens stehen für denkmalpflegerische Auflagen die dafür vorgesehenen rechtlichen Beschwerde- resp. Einsprachemöglichkeiten offen.

Im Übrigen kennt die Stadt St.Gallen den Begriff der Beitragsverfügung nicht. Die Beiträge an denkmalpflegerische Mehrkosten werden aufgrund der erwähnten Berechnungsbasis ermittelt und dem Stadtrat beantragt. Die Auszahlung erfolgt nach Abschluss der Bauarbeiten und der Prüfung der denkmalpflegerisch relevanten Baumassnahmen sowie der Schlussrechnungen.

3. *Wie kann sichergestellt werden, dass unter Schutz gestellte Objekte einschliesslich deren Umgebung für zeitgemässe Bedürfnisse umgenutzt und entsprechend angepasst werden können? Wie beurteilt der Stadtrat die heutige Praxis der städtischen Denkmalpflege?*

Bauliche Massnahmen müssen auch bei Denkmalobjekten den rechtlichen Vorgaben entsprechen. In Ergänzung zu den üblichen Bauvorschriften gilt Artikel 122 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes, welcher unter Wahrung des Schutzziels Eigentumsbeschränkungen für Schutzobjekte vorsieht, aber auch Anpassungen an zeitgemässe Bedürfnisse zulässt.

Die städtische Denkmalpflege bemüht sich in ihrer Tätigkeit, die verschiedenen Interessen zu koordinieren und den privaten Anliegen im Rahmen der Möglichkeiten auch Rechnung zu tragen. In ihrem Jahresbericht zeigt sie entsprechend gelungene Beispiele und gibt auch Rechenschaft über ihre Tätigkeit ab.

4. *Wie wird verhindert, dass der Denkmalschutz energetische Sanierungen behindert?*

Die Denkmalpflege sucht in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Fachstellen und im Gespräch mit Eigentümerinnen und Eigentümern im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben nach ganzheitlichen Lösungen. Eine Fokussierung auf einen einzelnen Aspekt ist kaum zielführend und entspricht auch nicht den rechtlichen Vorgaben. Damit ist die Gegenfrage erlaubt: Wie wird verhindert, dass energetische Massnahmen den baukulturellen Wert eines Schutzobjekts zerstören? Es ist selbstredend unbestritten, dass die denkmalpflegerischen Auflagen auch im Bereich der energetischen Sanierung den gültigen Bestimmungen entsprechen müssen. Zur Wahrung der denkmalpflegerischen Interessen sehen die relevanten Vorschriften und Normen aber auch explizite Ausnahmen und Lockerungen vor. Die Denkmalpflege steht zu diesem Zweck in engem Kontakt mit der Energiefachstelle, um zusammen mit der Bauherrschaft angemessene Lösungen zu finden. Sie hat sich in diesem Zusammenhang auch massgeblich an der Broschüre der Ostschweizer Denkmalämter und der entsprechenden Energiefachstellen zum Thema «Energie am Baudenkmal» beteiligt.

5. *Ist der Stadtrat bereit, die ausgerichteten städtischen Baubeiträge an Bauprojekte inventarisierter Bauten offen zu legen und damit die Transparenz und Nachvollziehbarkeit zu verbessern?*

Im Geschäftsbericht der Stadt werden die Beiträge an private Eigentümer, an privatrechtliche Körperschaften sowie an öffentlich-rechtliche Körperschaften pauschal aufgeführt und somit öffentlich zugänglich gemacht.

Es ist darüber hinaus durchaus denkbar, das heutige Reglement über die Finanzierung der Altstadt-, Ortsbild- und Denkmalpflege (sRS 731.3) aus Transparenzgründen um die Berechnungsgrundsätze und den Beitragssatz zu ergänzen.

Auf Anfrage erteilt die Denkmalpflege den Beitragsempfängerinnen und -empfängern Auskunft über die Zusammenstellung und Berechnung der Beiträge. Diese Dienstleistung wird jedoch wenig genutzt.

Der Stadtpräsident:
Thomas Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Manfred Linke

Beilage:
▪ Interpellation vom 19. Februar 2019